

Fragen

für die Fragestunde der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Januar 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Marks, Caren (SPD)	57, 58
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 51	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	23, 50
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 72	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Brase, Willi (SPD)	13, 14	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	26, 27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 55	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	19, 20
Dittrich, Heidrun (DIE LINKE.)	56	Röspel, René (SPD)	1, 2
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	9, 10
Gerdes, Michael (SPD)	3, 4	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	18
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	15, 34	Rupperecht, Marlene (Tuchenbach) (SPD)	59
Höger, Inge (DIE LINKE.)	25, 47	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 44
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	54	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	5, 6
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	39, 40	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	7, 8
Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	16, 17	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	48, 49
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	11, 12	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	62
Korte, Jan (DIE LINKE.)	21, 22	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 41
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Süßmair, Alexander (DIE LINKE.)	52, 53
		Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	60, 61

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

1. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Warum hat die Bundesregierung bei der Ausgestaltung des Gesundheitsforschungsprogramms darauf verzichtet, konkrete Forschungsansätze für Hilfsangebote insbesondere für chronisch Kranke zu entwickeln?
2. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Nachgang zur Vorstellung des Gesundheitsforschungsprogramms, um die Defizite bei den strukturellen Voraussetzungen für die klinische Forschung in Deutschland abzumildern?
3. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung künftig sicherstellen, dass sich Planungsfehler wie beim sog. Wissenschaftszug, der mit Millioneninvestitionen des Bundes auf das Gleis gestellt und beworben wurde, letztlich aber aufgrund fehlender sinnvoller Nutzungskonzepte ungenutzt abgestellt werden musste und offenbar auch verschrottet werden soll, nicht wiederholen?
4. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um bei der Auftragsvergabe im Zusammenhang mit dem Bau des Kernfusionsreaktors ITER in Frankreich den Anteil von Auftragnehmern aus Deutschland über die bisherige Quote von rund 2,2 Prozent zu steigern?
5. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Welche Auswirkungen auf die Fördertätigkeit der beschlossenen Haushaltskürzungen für die Begabtenförderwerke im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für das laufende Jahr sind der Bundesregierung bereits bekannt bzw. erwartet die Bundesregierung?
6. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um mit dem Bologna-Mobilitätspaket in diesem und den folgenden Jahren deutlich mehr als die bisher rund 1 600 Studierenden zu erreichen?

-
7. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass möglichst viele Hochschulen am vom Bund unterstützten dialogorientierten Serviceverfahren in der Hochschulzulassung teilnehmen, das zum Wintersemester 2011/2012 starten soll?
8. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD)
- Wieso liegen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zugesagten Erfahrungen und Ergebnisse der Studienplatzbörse, die als Zwischenlösung bis zur Einführung des neuen Serviceverfahrens dient, für das Wintersemester 2010/2011 immer noch nicht vor?
9. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Angebots an Ganztagschulen zur besseren individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen sowie besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf?
10. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderungen nach einem Ausbau der Jugend- und Schulsozialarbeit zur besseren Verwirklichung des Rechts auf Bildungsteilhabe und soziokulturelle Teilhabe von bedürftigen Kindern?
11. Abgeordnete
Daniela Kolbe (Leipzig)
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Studierende durch die Kürzungen der Semesterstipendien sowie der Stipendien für Abschlussarbeiten, Praktika, Fachkurse, Sprachkurse und Studienreisen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) im Jahr 2011 weniger gefördert werden als im Vorjahr, und wenn ja, wie viele sind das?
12. Abgeordnete
Daniela Kolbe (Leipzig)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die infolge der Haushaltskürzungen im Einzelplan 30 verringerte Fördertätigkeit des DAAD, und welche Planungen liegen seitens der Bundesregierung vor, um diesen Rückgang in der internationalen Mobilität der Studierenden zu kompensieren?

13. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Wie sollen die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan am 27. Dezember 2010 in einem Interview mit der Zeitschrift „FOCUS“ („Wohlstand macht bequem“) angekündigten „Bürgerdialoge“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert werden, und welche Kosten erwartet die Bundesregierung für die Umsetzung des diesbezüglichen Gesamtkonzepts des BMBF (Bürgerdialoge, Internetangebot, Bürgerreport usw.)?
14. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass die Ergebnisse der „Bürgerdialoge“ auch in die Arbeit des BMBF einfließen und Auswirkungen auf die Fördertätigkeit oder Prioritätensetzung haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

15. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD) Welche Instrumente und Verfahren setzt die Bundesregierung ein, um ihre eigene Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern frei von Korruption zu halten?
16. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass bei der Vergabe öffentlicher Kredite seitens der Europäischen Investitionsbank an die Privatwirtschaft in Entwicklungsländern überprüft wird, ob und inwieweit diese tatsächlich einen positiven Entwicklungseffekt auf die Entwicklungsländer hat?
17. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD) Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung in ihrer Entwicklungskooperation mit afrikanischen Ländern, wenn von wirtschaftlichen Wachstumsimpulsen die Rede ist, und wie will sie gewährleisten, dass wirtschaftliches Wachstum, wie beispielsweise in der Rohstoffindustrie in Sambia, auch zur Bekämpfung der Armut im Lande und zum Wohle der Bevölkerung konkret beiträgt?

18. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- Wie viel der 420 Mio. Euro, die im Jahr 2010 für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans bereitstanden, ist abgeflossen, insbesondere in den Regionalen Fonds im Norden Afghanistans zur Verbesserung der Regierungsführung auf Provinz- und Distrikt-ebene (RCDF) und den Regionalinfrastrukturfonds im Norden Afghanistans zum Ausbau von Infrastrukturprojekten (RIDFA), und wie werden die restlichen Mittel verwendet?
19. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 3. Januar 2011 ausgesprochenen Empfehlung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, folgen und Christen in den Ländern, in denen sie verfolgt werden, künftig stärker im Wege der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen?
20. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der in einem Interview mit der „RHEINISCHE POST“ am 3. Januar 2011 gemachten Äußerung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Stefan Müller (Erlangen), wonach es keine Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern mehr geben solle, in denen Christen ihre Religion nicht ungehindert ausüben können, und sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass diese Forderung radikalen Kräften in den betreffenden Ländern in die Hände spielen könnte?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

21. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Wer trägt nach Auffassung der Bundesregierung die politische Verantwortung dafür, dass die beim Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes (BND) „Organisation Gehlen“ schon 1952 vorhandenen Informationen zum Aufenthaltsort des NS-Verbrechers Adolf Eichmann in Argentinien seitens der Bundesregierung nicht genutzt bzw. an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden des Bundes oder befreundeter Staaten weitergegeben wurden, und wieso wurde die entsprechende Information erst 1958 an die USA weitergeleitet?

22. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)
- Wer genau im Bundeskanzleramt oder BND verhindert bis heute aus welchen Gründen die vollständige Einsichtnahme und/oder Veröffentlichung der mehrere Tausend mikroverfilmte Seiten umfassenden BND-Akte über Adolf Eichmann?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

23. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung bzw. ihre Vertretung bei der EU, die Abkommen mit der tunesischen und der algerischen Regierung über europäische Finanzhilfen und Wirtschaftskooperation im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft zu überprüfen, aufgrund der Tatsache, dass die tunesische und die algerische Regierung gegen die Bedingungen dieser Kooperation – die Achtung demokratischer Rechte und Menschenrechte – verstoßen?*)
24. Abgeordneter
Dr. Frithjof Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, innerhalb der EU auf ein Aussetzen des Assoziationsabkommens der EU mit Tunesien zu drängen, und wenn nein, warum nicht?
25. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihre Partnerschaft mit Tunesien im sogenannten Kampf gegen den Terrorismus vor dem Hintergrund der staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Demonstrantinnen und Demonstranten, unter denen es laut tunesischen Quellen bislang 70 Todesopfer gab?**)
26. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Wird die Bundesregierung jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents in Afghanistan nutzen?
27. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Teilen alle Mitglieder der Bundesregierung die Zuversicht, die Präsenz des deutschen ISAF-Kontingents ab Ende 2011 reduzieren zu können?

*) Sie hierzu auch Frage 50.

**) Sie hierzu auch Frage 47.

28. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategie zum Friedensaufbau im Südsudan verfolgt die Bundesregierung als verantwortliches Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und welchen konkreten Beitrag will sie künftig dazu vor Ort leisten, um ihren Auftrag aus dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24. März 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1158) „Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern“ zu erfüllen?
29. Abgeordnete
Kerstin Müller
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Voraussetzungen wird die Bundesregierung angesichts des bestehenden Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofes gegen den Präsidenten des Sudan Omar al-Bashir wegen Völkermordes in Darfur künftig mit der sudanesischen Regierung in Khartum zusammenarbeiten, und schließt sich die Bundesregierung dem Vorschlag der Regierung der USA an, die Sanktionen gegen die Regierung Omar al-Bashirs ohne Berücksichtigung des bestehenden Haftbefehls aufzuheben, falls diese das Ergebnis des Referendums akzeptiert und den Südsudan in Frieden in die Unabhängigkeit entlässt?
30. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt es die Bundesregierung, dass von den angesetzten Finanzmitteln für das Kämpferdemobilisierungsprogramm im Südsudan, welches die Bundesregierung mit mehreren Millionen US-Dollar mitfinanziert und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH mit durchführt, allein 7 Prozent als Verwaltungskosten an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP abzuführen sind, sowie dass von den 20 Mio. US-Dollar Personalmitteln für 2010 allein 14 Mio. US-Dollar an 50 internationale Fachkräfte gezahlt wurden (bis zu einem Jahresgehalt von über 370 000 US-Dollar), so dass einem UNDP-Prüfbericht zufolge das Programm 2011 deshalb finanziell nicht fortgeführt werden kann (vgl. taz vom 23. Dezember 2010), und welche Initiativen wird die Bundesregierung – gegebenenfalls auch im UN-Sicherheitsrat – ergreifen, um solche Fehlentwicklungen nicht nur in diesem Einzelfall zu korrigieren und eine Fortführung des Programms im Sudan zu ermöglichen?

31. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung ein Interesse an der Lösung des Konflikts zwischen griechischen und türkischen Zyprioten, und warum hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel während ihres Besuchs der Insel Zypern nicht den höchsten Repräsentanten der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft getroffen?
32. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die aktuelle Anzahl, den seelischen sowie physischen Zustand und den Stand der juristischen Verfahren der wegen der Proteste gegen Fälschung der Präsidentschaftswahl in Belarus am 19. Dezember 2010 inhaftierten politischen Gefangenen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Unterstützung dieser politischen Häftlinge?
33. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die drohende Kindesentziehung des dreijährigen Sohnes der beiden politischen Häftlinge Irina Chalip und Andrej Sannikow, denen wegen des Vorwurfs des Aufrufs zu Protesten gegen die Fälschung der belarussischen Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2010 langjährige Haftstrafen drohen, und was unternimmt die Bundesregierung, um die Eltern bei der Abwendung der drohenden Kindesentziehung zu unterstützen?
34. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Mit welchen Schritten treibt die Bundesregierung die Korruptionsbekämpfung auf der Ebene internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konkret voran?
35. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Mediengesetz, das am 1. Januar 2011 in Ungarn in Kraft getreten ist, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls ein Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union unterstützen?
36. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es innerhalb der Europäischen Union Überlegungen, das EU-Waffenembargo gegen China aufzuheben, und wenn ja, welche Position bezieht die Bundesregierung zu diesem Vorschlag?

37. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung ihrer Vorgängerregierung aus CDU, CSU und SPD, wonach „die Bundesregierung keine Veranlassung [hat], am rechtmäßigen Vorgehen der amerikanischen Justizbehörden“ gegen die als „Miami Five“ bekannten kubanischen Gefangenen in den USA zu zweifeln (Plenarprotokoll 16/135 S. 14230 (B), Antwort zu Frage 21), nachdem die US-amerikanische Sektion von Amnesty International in einem Brief an den US-Justizminister Eric Holder vom 4. Oktober 2010 die Wahl von Miami als Ort der Verhandlung angesichts der überwiegenden Feindseligkeit gegenüber der kubanischen Regierung in dieser Region sowie deren Medienberichterstattung und anderer Ereignisse vor und während der Verhandlung, so dass eine faire Verhandlung unmöglich gewesen sei, kritisiert hat (www.amnestyusa.org/document.php?id=ENGUSA20101013001&lang=e)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung zum Schutz von koptischen Christen in Deutschland ergriffen, und erwägt sie nun eine verstärkte Aufnahme von Angehörigen christlicher und anderer in Ägypten bedrohter Minderheiten, wie etwa den Baha'i, sollten diese in Deutschland Schutz suchen?
39. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Tod der 47 Jahre alten Roma aus dem Landkreis Mayen-Koblenz, die in Deutschland fachärztlich therapiert wurde und einen Monat nach ihrer Abschiebung aus Deutschland im Kosovo gestorben ist, und wie beurteilt es die Bundesregierung, dass bei der Einzelfallprüfung, bei der die Frau nicht als besonders schutzbedürftige Person anerkannt wurde, lediglich die Flugtauglichkeit der Frau, jedoch nicht die Diagnose ärztlich überprüft wurde (taz vom 13. Januar 2011)?
40. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Wie können Aktivistinnen und Aktivisten aus dem globalisierungskritischen, antirassistischen oder antimilitaristischen Spektrum in Deutschland sichergehen, dass sie nicht in den letzten 7 Jahren aufgrund falscher Anschuldigungen oder durch illegale Handlungen (als Agent Provocateur oder auf andere Art

und Weise, darunter den Einsatz von Sexualität) von M. K. ins Visier von Verfolgungsbehörden gerieten oder verurteilt wurden und werden, wie dies unter anderem in Großbritannien geschah und nach Bekanntwerden zur sofortigen Einstellung von Gerichtsverfahren führte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

41. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung auch unter strafrechtlichen Gesichtspunkten (v. a. einer bedingt vorsätzlichen Mordteilnahme) die laufende Praxis deutscher Militär- oder Sicherheitsbehörden, in Afghanistan angebliche Aufständische für diverse Maßnahmenlisten der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan zu benennen, obwohl die Bundesregierung dabei in Kenntnis entsprechender Vorgehensweisen nicht ausschließen kann, dass die betreffenden Personen daraufhin in Afghanistan oder Pakistan u. a. durch Drohnenangriffe von US-Stellen getötet werden (vgl. Antworten der Bundesregierung auf meine zahlreichen Anfragen sowie auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/2884 zu Frage 27), und wie beurteilt die Bundesregierung ebenfalls strafrechtlich die Praxis des Bundeskriminalamtes sowie wohl weiterer deutscher Sicherheitsbehörden, laufend an ausländische Partnerdienste Personaldaten über aus Deutschland ausreisende „Gefährder“ zu übermitteln, ohne dabei eine Datenverwendung zu deren Tötung auszuschließen, wie – einer Strafanzeige des Richters am Oberlandesgericht Thomas Schulte-Kellinghaus zufolge – der Präsident des Bundeskriminalamtes Jorg Ziercke schon am 21. Juni 2006 öffentlich eingeräumt haben soll (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 8. Januar 2011, taz vom 12. Januar 2011)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung Umfang und Bedeutung des Sachverhalts der anonymisierenden Wirkung von Versicherungsschutzmänteln (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 2010) in Bezug auf die verschiedenen Staaten ein, über die dieses sogenannte Wrapping erfolgen kann?
43. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, Steuerflucht über so genanntes Wrapping zu verhindern, und welche Lösungsmöglichkeiten strebt die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen mit der Schweiz über ein Steuerabkommen für eine dauerhafte Lösung des Problems unverteuerter Kapitalanlagen deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz diesbezüglich an?
44. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hat sich die Bundesregierung in den derzeit laufenden Verhandlungen gegenüber den geplanten Änderungen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) positioniert, und wie steht sie zu dem Vorschlag, dass die EFSF in Zukunft nach einer vorherigen Gläubigerbeteiligung (sog. Haircut) Staatsanleihen von krisengebeutelten Staaten ankauft?
45. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele direkte und indirekte Arbeitsplätze existieren in den Bundesländern der ehemaligen DDR in der Sanierung von Braunkohletagebauen und Braunkohleveredlungsanlagen, die nach der Wende nicht privatisiert werden konnten (bitte nach aktuellem Stand nach Bundesländern aufschlüsseln – möglichst für 2010)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

46. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigungen der Europäischen Kommission zur Erstellung eines Rechtsgutachtens zu unkonventionellen Erdgasbohrungen und der damit einhergehenden Frage, ob die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingun-

gen in Europa und Deutschland ausreichen (dpa-Meldung vom 10. Januar 2011), vor dem Hintergrund ihrer Aussagen in der Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/1867), dass bei Beachtung der geltenden technischen Umweltstandards grundsätzlich keine Unterschiede zur Förderung von konventionellem Erdgas bestehen?

47. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung vor, deutsche Ausstattungshilfe für die tunesische Polizei und das tunesische Militär sowie Rüstungsexporte nach Tunesien vor dem Hintergrund der aktuellen Polizeigewalt zu überprüfen (bitte begründen)?*

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

48. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Vorteile erwartet die Bundesregierung von der geplanten Umstrukturierung der Integrationsfachdienste (IFD) für den Fachbereich Berufliche Sicherung (§ 109 ff. des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX), wonach die freihändige Vergabe seitens der Bundesagentur für Arbeit für Vermittlungsdienstleistungen entfällt, in Anbetracht der Tatsache, dass damit die Umsetzung des im SGB IX formulierten Ziels, mit den Integrationsfachdiensten eine verlässliche und kontinuierliche Struktur für schwerbehinderte Menschen und ihre Arbeitgeber zu schaffen, gefährdet wird?
49. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich 2010 die Arbeitsmarktsituation für Menschen mit Behinderung dar, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklungen?

*) Sie hierzu auch Frage 25.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

50. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ergreifen, um die Preisspirale bei Nahrungsmitteln, die sich derzeit wieder gefährlich in die Höhe dreht, zu stoppen und Hungerrevolten wie derzeit in Algerien zu verhindern?*)
51. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf welcher Faktengrundlage (bitte für die jeweilige veröffentlichende Stelle mit Veröffentlichungsdatum aufschlüsseln) wurde den deutschen Verbrauchern mitgeteilt, es sei keine mit Dioxin belastete Ware in den Lebensmittelhandel gelangt, und welche dioxinbelasteten Lebensmittel sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Handel (sowohl in Deutschland als auch durch den Export) gelangt (SPIEGEL ONLINE vom 13. Januar 2011)?
52. Abgeordneter
**Alexander
Süßmair**
(DIE LINKE.) Welche Probenstrategie wurde in den jeweiligen Bundesländern bei der Untersuchung der Betriebe im Zusammenhang mit dem derzeitigen Dioxinskandal angewendet?
53. Abgeordneter
**Alexander
Süßmair**
(DIE LINKE.) Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Bewertung der Gefährdung der Bevölkerung durch Dioxin im Zusammenhang mit dem aktuellen Skandal Risikogruppen wie Schwangere, Stillende, Personen mit Gewichtsreduzierung u. a. gesondert berücksichtigt?
54. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele landwirtschaftliche Betriebe sind aktuell aufgrund der Dioxinfunde in Futtermitteln noch gesperrt (bitte auch nach Bundesländern auflisten), und wie viele der in diesem Zusammenhang bundesweit analysierten Proben weisen Dioxinwerte über dem entsprechenden Grenzwert auf?

*) Sie hierzu auch Frage 23.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

55. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung über die Herkunft der Waffen machen, die bislang im Zuge der Militärmissionen von EU und NATO am Horn von Afrika bei der Bekämpfung der Piraterie (Atalanta, Allied Protection, Allied Provider, Ocean Shield) sichergestellt wurden, und welche Informationen hat sie darüber, ob von den Piraten auch Waffen verwendet werden, die im Zuge der Entführung des Motorschiffs „Faina“, das Waffen von der Ukraine an die „Regierung des Südsudan“ bzw. die Sudanesische Volksbefreiungsarmee SPLA lieferte, im September 2008 – unmittelbar vor dem drastischen Anstieg der Piratenübergriffe am Horn von Afrika, dem drastischen Appell des UN-Generalsekretärs zur Bekämpfung der Piraterie und dem Beginn der ersten entsprechenden NATO-Mission – erbeutet wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

56. Abgeordnete
**Heidrun
Dittrich**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wurden die Ergebnisse des Runden Tisches Heimerziehung zur Entschädigung ehemaliger Heimkinder angesichts des hohen Alters der Betroffenen und der finanziellen und psychischen Not vieler umgesetzt, und was müssen Betroffene tun, um eine Entschädigung für entgangenes Entgelt, nicht gezahlte Rentenversicherungsbeiträge sowie einen Nachteilsausgleich wegen zwangsläufigen Abbruchs der Berufsausbildung durch Heimunterbringung zu erlangen?
57. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass zur langfristigen Stärkung des Kinderschutzes – insbesondere des Netzwerks Frühe Hilfen – Familienhebammen eingesetzt werden sollen, während gleichzeitig die geplante Bundesinitiative Familienhebammen, die im Referentenentwurf des Bundeskinderschutzgesetzes enthalten ist, auf den Zeitraum von 2012 bis 2015 befristet ist?

58. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) In welchem Zeitraum vor und nach der Geburt eines Kindes sollen die im Rahmen der geplanten Bundesinitiative Familienhebammen tätig werdenden Familienhebammen zum Einsatz kommen, und welche Qualifikation müssen diese haben?
59. Abgeordnete
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
(SPD) Inwiefern hat aus Sicht der Bundesregierung die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Auswirkungen auf § 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch, und inwieweit sieht die Bundesregierung bei dieser Regelung Änderungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

60. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD) Welche Maßnahmen hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten ergriffen, um seine Zuversicht, „dass wir mit Beginn des neuen Jahres eine unabhängige Verbraucher- und Patientenberatung als Regelversorgung haben werden“ (Pressemitteilung vom 11. November 2010), in politisches Handeln umzusetzen?
61. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD) Aus welchen Gründen erweist sich die in Frage 60 zitierte Aussage bisher – ausweislich der nach wie vor nicht stattfindenden Beratung der Patientinnen und Patienten – als unzutreffend, und wann erwartet der Beauftragte der Bundesregierung, dass die Beratung der Patientinnen und Patienten in den Beratungsstellen telefonisch und über das Internet vollständig wieder aufgenommen wird?
62. Abgeordnete
Kathrin Senger-Schäfer
(DIE LINKE.) Wann ist seitens der Bundesregierung mit einem, wie vom GKV-Spitzenverband gemeinsam mit den Vertragspartnern nach § 113 des Elften Buches Sozialgesetzbuch geforderten, für die Weiterentwicklung der Pflegetransparenzvereinbarungen ambulant und stationär geeigneten Konfliktlösungsverfahren und den dafür notwendigen Änderungen des SGB XI zu rechnen, und wie weit sind die dafür notwendigen Vorbereitungen für das gesetzgeberische Verfahren vorangeschritten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

63. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Investitionsbedarf in Summe und nach aktuellem Kostenstand für die Straßenbauprojekte des Bundesverkehrswegeplanes 2003 im Freistaat Bayern, für die ein unanfechtbarer Planfeststellungsbeschluss vorliegt, deren Bau jedoch noch nicht begonnen wurde, und wie hoch ist der Investitionsbedarf in Summe und nach aktuellem Kostenstand für die Straßenbauprojekte des Bundesverkehrswegeplanes 2003 im Freistaat Bayern, die sich derzeit im Planfeststellungsverfahren befinden?
64. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Investitionsbedarf in Summe und nach aktuellem Kostenstand für die Straßenbauprojekte des Bundesverkehrswegeplanes 2003 im Freistaat Bayern, für die die Linienbestimmungsverfahren abgeschlossen sind und Planfeststellungsverfahren noch nicht aufgenommen wurden, und wie hoch ist der Investitionsbedarf in Summe und nach aktuellem Kostenstand für die Straßenbauprojekte des Bundesverkehrswegeplanes 2003 im Freistaat Bayern, für die bereits Entwurfsplanungen erarbeitet wurden bzw. werden, die jedoch noch nicht linienbestimmt sind?
65. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise stellt die Bundesregierung sicher, dass bei den durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung festzulegenden Flugrouten am zukünftigen Flughafen Berlin Brandenburg International BBI, die entsprechend der geltenden Gesetzeslage nicht im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens festgelegt worden sind und die nach aktuellen Vorschlägen anders verlaufen werden als nach der dem Planfeststellungsverfahren zu Grunde liegenden Grobplanung, Europäische Vogelschutzgebiete (= Special Protection Areas – SPA) wie das SPA-Gebiet Nr. 7023 am Rangsdorfer See ausreichend Berücksichtigung finden, unter anderem durch eine Flora-Fauna-Habitat-Prüfung bzw. Umweltverträglichkeitsprüfung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

66. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind, wenn es richtig ist, dass für die Probeöffnung von Einlagerungskammern des Atommülllagers Asse II ein förmliches atomrechtliches Verfahren durchgeführt wird, die Zeitabläufe dieses Genehmigungsverfahrens, und aus welchen Gründen wurde nicht der nach dem Atomgesetz mögliche Weg einer Maßnahme zur Gefahrenabwehr gewählt (bitte mit Angabe, wer in diesem Fall die Entscheidung für das förmliche Verfahren getroffen hat)?
67. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden bereits Komponenten des vom Bundesamt für Strahlenschutz vorgelegten Notfallplans für das Atommülllager Asse II umgesetzt (ggf. bitte mit Angabe, welche), und wenn nein, aus welchen Gründen wurde mit diesen Maßnahmen noch nicht begonnen?
68. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden vor dem Hintergrund, dass im Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel in 750 m Tiefe erstmals von außen eindringendes Wasser den Weg in eine Lagerkammer mit über 11 000 Atommüllfässern gefunden hat, entsprechende Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung des Eintretens von Laugen in die Einlagerungskammern mit höchster Priorität versehen, wurde mit diesen Maßnahmen bereits begonnen, und wenn nein, warum nicht?
69. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung zur Beschleunigung des stockenden Genehmigungsverfahrens (vgl. BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG vom 8. Januar 2011) zum Anbohren der ersten Kammer im Atommülllager Asse II zu tun, welches der Gefahrenabwehr dient und eine wichtige Voraussetzung für den schnellen Beginn der Rückholung der Fässer darstellt?
70. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwartet die Bundesregierung, dass die Erneuerbare-Energien-Ziele der Europäischen Union für 2020 auf der Grundlage der bestehenden Richtlinie für erneuerbare Energien und der vorliegenden nationalen Aktionsprogramme der Mitgliedstaaten erreicht werden, und was spricht aus Sicht der Bundesregierung dagegen, neben den Energiekonzernen auch die mittelständischen Vertreter der Erneuerbare-

Energien-Branche zu ihren Energiegesprächen zur europäischen Energiepolitik der Bundesregierung ins Bundeskanzleramt einzuladen?

71. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung den Fortbestand des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf der Grundlage der bestehenden EU-Richtlinie für erneuerbare Energien, oder unterstützt die Bundesregierung die Pläne der Europäischen Kommission für die Abschaffung der nationalen Fördersysteme und deren Ersatz durch ein europaweit vereinheitlichtes Fördersystem?
72. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die von der Bundesregierung angedachte Übertragung des Geländes der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf in das Nationale Naturerbe sicherstellen, dass das Gelände in seiner Gesamtheit erhalten bleibt, ohne dass der Status des Nationalen Naturerbes eine Nutzung von Teilflächen für erneuerbare Energien verhindert?

